

Pressemitteilung



Nr. 64/19 vom 27.09.2019

Anzahl der Anschläge: 2.700
Abrufbar unter: www.gdw.de

Wohnungswirtschaft im Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus

Berlin – Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und das Klimapaket der Bundesregierung – das waren die Themen im Fokus des Gesprächs von Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, und Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus.

10 "Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist eine der drängenden sozialen Fragen unserer Zeit, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land", so Brinkhaus. "Es ist daher wichtig, dass die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu gehören beispielsweise auch die Maßnahmen, die im Klimaschutzprogramm 2030 zur Verringerung der CO₂-Emissionen enthalten sind. Um diese richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, ist natürlich auch ein enger Austausch mit den betroffenen Unternehmen hilfreich."

20 Gedaschko und Esser thematisierten das Klimapaket der Bundesregierung und appellierten daran, Ergänzungen herbeizuführen, damit die Wohnungsunternehmen in die Lage versetzt werden, die Klimaziele im Gebäudebereich sozialverträglich zu erreichen. Während das Klimapaket zwar Ansätze für eine verbesserte Förderung bereit hält, fehlt jedoch die stärkere Förderung von einfachen Einzelmaßnahmen, die einen großen Effekt haben können. Angesichts der auf 2 EUR/m² begrenzten Mieterhöhung nach Modernisierung können Wohnungsunternehmen ohne Zuschüsse kaum noch umfassend sanieren.

Die GdW-Vertreter sprachen außerdem an, dass im Abschlussbericht der Kommission zur Schaffung "Gleichwertiger Lebensverhältnisse" keine einheitliche Positionierung des Bundes und der ostdeutschen Bundesländer zur Frage der Altschulden bei den Wohnungsunternehmen erkennbar sei. Hier ist dringend eine Lösung gefragt. Notwendig seien Investitionshilfen für besonders belastete Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland, die in Gemeinden mit Leerständen von über 10 Prozent liegen.

30 In diesem Zusammenhang sprach sich GdW-Präsident Gedaschko dafür aus, die Regelungen für den Stadtumbau in den neuen Bundesländern auf ganz Deutschland zu übertragen. "Die Erfolgsgeschichte des Stadtumbau Ost hat mit der engen Partnerschaft zwischen Wohnungswirtschaft und Kommunen den Schrumpfungsprozess systematisch gestaltet und mit nachhaltiger Aufwertung der Wohn- und Stadtquartiere verbunden. Dies kann Vorbildcharakter für die strukturschwachen und schrumpfenden Regionen in den alten Bundesländern haben und weitere Attraktivitätsverluste von Städten verhindern", so Gedaschko. Er schlägt vor, die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung in diesem Sinn anzupassen.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.